

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

143 (2.12.1947)

US-Senat vor der Abstimmung über die Soforthilfe

Washington, 1. Dez. (AP) Senator Taft erklärte am 28. Nov., daß der Morgenplan in Potsdam praktisch genehmigt worden sei. Dieser drückte Deutschland auf das Niveau eines reinen Agrarlandes herab. Die Folge davon sei, daß die USA in diesem Jahr rund 1 Milliarde Dollar ausgeben müßten, um den Deutschen wenigstens zu einem Existenzminimum zu verhelfen.

Der Abgeordnete Peter Jarman bemerkte, daß der Auswärtige Ausschuss sich gegen den Kongreß, den Präsidenten, das Staatsdepartement und die Weltöffentlichkeit unfair verhalten hat. Er verschleppe die Angelegenheit, während die Zukunft des französischen Volkes auf dem Spiel steht.

Der US-Senat wird bei seinem Wiederzusammentritt am 1. Dez. nur noch die endgültige Abstimmung über den Gesetzesentwurf für die Soforthilfe an Europa vorzunehmen haben. Das Republikanische Haus wird voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche ebenfalls einen von seinem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vorbereiteten Gesetzesentwurf über die Soforthilfe für Frankreich, Italien, Österreich und möglicherweise auch China erhalten.

Westdeutsche Regierung empfohlen

Berlin, 1. Dez. (AP) Ein Unter Ausschuss des englischen Unterhauses hat der britischen Regierung empfohlen, eine repräsentative für die Regierung mit voller Verantwortung innerhalb klar umrissener Grenzen für Westdeutschland zu bilden.

Minister Dr. Veit gegen Partikularismus

Nord und Süd von Württemberg-Baden müssen vereint werden — Währungsreform tut not — Für politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands

Karlsruhe, 1. Dez. (M.S. Eigenbericht) Aus der Rede von Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit am 27. Nov. in Karlsruhe-Durlach geben wir noch folgende Einzelheiten: Der Minister wandte sich scharf gegen die alten Zentrumskräfte in der CDU, die wohl eine Vereinigung von Nord- und Südbaden erstreben, aber nur aus parteigegensätzlichen Interessen heraus, aus der Überlegung, daß sie in einem solchen wiedervereinigten Baden auf konfessioneller Grundlage das Parteigewicht haben würden. Das ihnen in einem Blockstaat Württemberg-Baden versagt bleiben müsse, Selbstverständliches strebe auch die SPD eine Wiedervereinigung von Nord- und Südbaden und von Nord- und Südwürttemberg, aber nicht, wozu die erwähnten Zentrumskräfte bereit schienen, ein aus Nord und Süd vereintes, aber von Württemberg getrenntes Baden, ein Baden also, das ganz der französischen Besatzungsmacht überliefern würde, und das wirtschaftlich bei einer Trennung von Baden und Württemberg-Baden ein unfähig sein würde. Ein solcher Partikularismus und Parteigegensatz werde von der SPD aufs schärfste abgelehnt, die ihrerseits die Wiedervereinigung der nördlichen und südlichen Teile von Württemberg-Baden und dem Baden (der amerikanischen Besatzungszone) einen geschlossenen Staat Württemberg-Baden mit allen Kräften zu verwirklichen bestrebt sei.

NEUESTE NACHRICHTEN

Endgültige Teilung Palästinas

Araber erkennen Entscheid nicht an und stellen Armee bereit

New York, 1. Dez. (Dena-Reuter) Die UN-Vollversammlung nahm auf der Abschluß-Sitzung ihrer diesjährigen Tagung am 29. d. M. den Plan zur Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat an. Auf Grund der Entscheidung erhielt außerdem die Stadt Jerusalem eine internationale Zone. Gegen den Teilungsplan stimmten: Afghanistan, Kuba, Ägypten, Griechenland, Indien, Persien, Irak, Libanon, Pakistan, Saudi-Arabien, Syrien, die Türkei und Jemen und Yemen.

Die ersten Reaktionen

Während arabischerseits außerhalb des Kreises der UN-Delegierten bis Sonntagfrüh nur wenige Stimmen zum Teilungs-Beschluß vorliegen, herrscht unter den Juden in aller Welt Begeisterung über die Entscheidung der UN-Vollversammlung.

Labour-Party als Sieger

Gravesend (Kent), 1. Dez. (Dena-Reuter) Die britische Labour-Regierung erzielte am Donnerstag durch den Sieg des Labour-Abgeordneten Sir Rich. Acland über seinen konservativen Gegner Frank Taylor bei den Nachwahlen in Gravesend an der Themse einen Erfolg. Acland erhielt 24 692 und Taylor 23 017 Stimmen bei einer Rekord-Wahlbeteiligung von 77,5 Prozent.

Ost-West-Kontroverse

Antwerpen, 1. Dez. (Dena-Reuter) Zu scharfen Kontroversen zwischen den Sozialisten der westlichen und östlichen Länder kam es am 28. Nov. während der internationalen Sozialistenkonferenz, die z. Zt. hier tagt. Es kam zu heftigen Debatten über den Marshallplan, sowie über die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten.

Zum Warenaustauschabkommen

Berlin, 1. Dez. (Dena) „Der Interzonenhandel ist eines der wichtigsten Mittel zur Erhaltung der deutschen Einheit“, führte der Präsident der deutschen Verwaltung für Interzonen und Außenhandel, Josef Rühl, am 28. d. M. in einer Stellungnahme zum Abschluß des neuen Warenaustauschabkommens 1948 zwischen der Sowjet- und der Bizone aus.

Belegung deutscher Außenhandels

London, 1. Dez. (Dena-Reuter) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland General Lucius D. Clay kündigte am 29. Nov. an, die Handelsbeziehungen zwischen Westdeutschland und Westeuropa würden in den kommenden drei Jahren eine Neubelebung von größerem Ausmaß erfahren und damit die anglo-amerikanische Zone in die Lage versetzen, selbständig zu existieren.

Die Schicksalsstunde schlägt in London

Der württembergisch-badische Ministerpräsident zur Außenminister-Konferenz

Stuttgart, 1. Dez. (Dena) Der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier erklärte am 29. Nov. in einer Rundfunkansprache zur Londoner Außenminister-Konferenz, nicht nur für Deutschland schlage in der britischen Hauptstadt die Schicksalsstunde, sondern auch für die ganze Welt. Er sprach sich für eine „Kräftigung der westlichen Zonen“, was, wandle sich jedoch gegen eine Abtrennung von der sowjetischen Zone.

Ein Scheitern der Konferenz möglich

Außenminister geben indirekt Schwierigkeiten einer Einigung zu

London, 1. Dez. (Dena-Reuter) Die Stellvertreter der vier Außenminister setzten am 28. November ihre Beratungen über den französischen Kompromiß-Vorschlag hinsichtlich Österreichs fort.

Nach diesem Vorschlag würden, wie von zuverlässiger Seite verlautet, rund die Hälfte der laufenden Oldfordernung nach der Sowjetunion gehen und ihr außerdem rd. ein Drittel der Bohrrechte zufallen. Die Kapital der an die Sowjetunion zu übertragenden Ölreserven würde zwischen 250 000 und 300 000 t jährlich liegen.

Frankreich: Antistreibgesetz gebilligt

Lage noch gespannt und ungeklärt — Stellung der Kommunisten erneut festgelegt

Paris, 1. Dez. (Dena) Die Lage in Frankreich ist vorläufig noch immer gespannt und völlig ungeklärt, nachdem die Nationalversammlung am Sonntag auf Vorschlag Premierminister Schuman bis Montagfrüh 10 Artikel in dem Vertrag über den Mobilmachung von 80 000 Reservisten vorstellte.

Erklärungen Dr. Spiekers

Frankfurt a. M., 1. Dez. (Eig. Ber. -sch) Der Exekutivrat ist von seiner ersten „Auslandreise“ nach Frankfurt zurückgekehrt. Wie sein derzeitiger Vorsitzender Dr. Spieker auf der regelmäßigen Freitag-presskonferenz mitteilte, sei es mit den Vertretern der bayerischen Landesregierung zu einer offenen und vertrauensvollen Aussprache gekommen, die sichtlich das bisherige Verhalten zwischen Frankfurt und München gebessert habe.

Erklärung der CDU/CSU

Berlin, 1. Dez. (Dena) Eine Arbeitsgemeinschaft der Sozialausschüsse der CDU/CSU für Gesamtdeutschland wurde hier am 29. Nov. auf der 1. Interzonen-tagung der Sozialausschüsse durch einstimmigen Beschluß gegründet. Die Arbeitsgemeinschaft wird etwa 35 Delegierte umfassen, die von den einzelnen Länderausschüssen entsandt werden.

Jakob Kaiser ist optimistisch

Der Vorsitzende der CDU in der sowjetischen Zone, Jakob Kaiser, äußert in der Abschlußversammlung der Sozialausschüsse der CDU/CSU Gesamtdeutschlands, man sei in Deutschland in bezug auf die Londoner Konferenz nicht ganz ohne Hoffnung. London müsse unbedingt zu einem entschlossenen Anfang kommen.

Proteststurm um Österreichs Geldreform

Eigenbericht unseres österreichischen Korrespondenten

(st. Wien, im November ...)

Nach zehnstündiger Sitzung hat Österreichs Nationalrat eine Schilling-Reform beschlossen, die alle umlaufenden Banknoten auf ein Drittel ihres derzeitigen Nennwerts herabsetzt unter Streichung aller Sperrkonten aus der Zeit der Schillingeinführung. Bis 14 Tage nach Inkrafttreten werden jedem Österreicher gegen 150 Schilling seiner Lebensmittelscheine 50 Schilling voll, alle weiteren Beträge zu einem Drittel in neue, andersfarbig gedruckte Banknoten umgetauscht.

Unter Beibehalt des geltenden Lohn-Preisniveaus Österreichs soll dadurch sein jetziger Geldbestand von 27 Milliarden (1938 12 Milliarden) auf 9,5 Milliarden vermindert werden. Die Maßnahme wird voraussichtlich am 30. Dezember in Kraft treten, da laut alliierter Kontrollratsbestimmung jeder österreichische Nationalratsbeschuß erst 31 Tage nach seiner Verkündung wirksam wird.

Während die Gewerkschaften die Reform als „Arbeitererfolg“ gegen die Inflation feiern, protestieren Österreicher Industrie- und Handelskreise erbittert an die Adresse Bundeskanzler Renner gegen das Gesetz als „Indemnesschritt“.

Die Verhandlungen während der Sitzung des Außenministers am 29. Nov. konzentrierten sich auf die Frage, ob zur Bildung einer deutschen Zentralregierung oder der Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages erörtert werden solle, wobei es jedoch zu keiner Einigung kam.

Ein letztes Mitglied der Delegation der Vereinigten Staaten auf der Außenministerkonferenz in London beschuldigte die Sowjetunion am Samstag des Versuches, Frankreich und Italien mit Hilfe der kommunistischen Parteien dieser Länder ihrer Kontrolle zu unterwerfen, bevor der Marshallplan die wirtschaftliche Stabilität in Westeuropa wieder herstellen kann.

Die Note der sowjetischen Regierung, in der eine Zusammenkunft des Außenministers in China für den Januar vorgeschlagen wird, um die Friedensregelung im Fernen Osten zu erörtern, ist nach Mitteilung eines Sprechers des britischen Außenministeriums nunmehr der britischen Regierung zugegangen.

Wie Dena-Reuter dazu aus Schanghai meldet, wird China den von der Sowjetunion eingebrachten Vorschlag wahrscheinlich nicht annehmen.

Die Note der sowjetischen Regierung, in der eine Zusammenkunft des Außenministers in China für den Januar vorgeschlagen wird, um die Friedensregelung im Fernen Osten zu erörtern, ist nach Mitteilung eines Sprechers des britischen Außenministeriums nunmehr der britischen Regierung zugegangen.

Wie Dena-Reuter dazu aus Schanghai meldet, wird China den von der Sowjetunion eingebrachten Vorschlag wahrscheinlich nicht annehmen.

Die Note der sowjetischen Regierung, in der eine Zusammenkunft des Außenministers in China für den Januar vorgeschlagen wird, um die Friedensregelung im Fernen Osten zu erörtern, ist nach Mitteilung eines Sprechers des britischen Außenministeriums nunmehr der britischen Regierung zugegangen.

Wie Dena-Reuter dazu aus Schanghai meldet, wird China den von der Sowjetunion eingebrachten Vorschlag wahrscheinlich nicht annehmen.

Die Note der sowjetischen Regierung, in der eine Zusammenkunft des Außenministers in China für den Januar vorgeschlagen wird, um die Friedensregelung im Fernen Osten zu erörtern, ist nach Mitteilung eines Sprechers des britischen Außenministeriums nunmehr der britischen Regierung zugegangen.

Wie Dena-Reuter dazu aus Schanghai meldet, wird China den von der Sowjetunion eingebrachten Vorschlag wahrscheinlich nicht annehmen.

Die Note der sowjetischen Regierung, in der eine Zusammenkunft des Außenministers in China für den Januar vorgeschlagen wird, um die Friedensregelung im Fernen Osten zu erörtern, ist nach Mitteilung eines Sprechers des britischen Außenministeriums nunmehr der britischen Regierung zugegangen.

Wie Dena-Reuter dazu aus Schanghai meldet, wird China den von der Sowjetunion eingebrachten Vorschlag wahrscheinlich nicht annehmen.

Die Note der sowjetischen Regierung, in der eine Zusammenkunft des Außenministers in China für den Januar vorgeschlagen wird, um die Friedensregelung im Fernen Osten zu erörtern, ist nach Mitteilung eines Sprechers des britischen Außenministeriums nunmehr der britischen Regierung zugegangen.

Wie Dena-Reuter dazu aus Schanghai meldet, wird China den von der Sowjetunion eingebrachten Vorschlag wahrscheinlich nicht annehmen.

Die Note der sowjetischen Regierung, in der eine Zusammenkunft des Außenministers in China für den Januar vorgeschlagen wird, um die Friedensregelung im Fernen Osten zu erörtern, ist nach Mitteilung eines Sprechers des britischen Außenministeriums nunmehr der britischen Regierung zugegangen.

Wie Dena-Reuter dazu aus Schanghai meldet, wird China den von der Sowjetunion eingebrachten Vorschlag wahrscheinlich nicht annehmen.

Die Note der sowjetischen Regierung, in der eine Zusammenkunft des Außenministers in China für den Januar vorgeschlagen wird, um die Friedensregelung im Fernen Osten zu erörtern, ist nach Mitteilung eines Sprechers des britischen Außenministeriums nunmehr der britischen Regierung zugegangen.

Wie Dena-Reuter dazu aus Schanghai meldet, wird China den von der Sowjetunion eingebrachten Vorschlag wahrscheinlich nicht annehmen.

Die Note der sowjetischen Regierung, in der eine Zusammenkunft des Außenministers in China für den Januar vorgeschlagen wird, um die Friedensregelung im Fernen Osten zu erörtern, ist nach Mitteilung eines Sprechers des britischen Außenministeriums nunmehr der britischen Regierung zugegangen.

Wie Dena-Reuter dazu aus Schanghai meldet, wird China den von der Sowjetunion eingebrachten Vorschlag wahrscheinlich nicht annehmen.

Die Note der sowjetischen Regierung, in der eine Zusammenkunft des Außenministers in China für den Januar vorgeschlagen wird, um die Friedensregelung im Fernen Osten zu erörtern, ist nach Mitteilung eines Sprechers des britischen Außenministeriums nunmehr der britischen Regierung zugegangen.

